

Stellungnahme der WIN-Fraktion zur Anmietung von Flüchtlingsunterkünften (Vorgetragen in der Ratssitzung am 07.04.2016)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

I.

Zunächst möchte ich die Position der WIN-Fraktion darstellen: WIN ist an einer sozialräumlich ausgewogenen Verteilung der Unterkünfte innerhalb Nettetals gelegen. Wir möchten bei der Verteilung auf die einzelnen Stadtteile und Honschaften jedoch nicht, dass das St.-Florians-Prinzip gewinnt.

Wegen der Generationengerechtigkeit hat WIN stets auch einen wirtschaftlichen und sparsamen Einsatz der äußerst knappen Finanzmittel im Blick. WIN möchte, dass die Menschen, die unsere Hilfe bedürfen, in erster Linie dezentral in Wohnungen untergebracht werden. Dies gilt insbesondere für Familien mit Bleibeperspektive.

Um dieses Ziel auszubauen und um eine höhere Flexibilität bei der Unterbringung zu schaffen, regen wir an, dass die Stadt einen Aufruf startet, damit Vermieter privaten Wohnraums sich bei der Stadt melden können.

Gleichwohl besteht die Notwendigkeit zur Schaffung weiterer Gemeinschaftsunterkünfte, wie Bedarfsplanung und Bedarfsprognose zeigen. Allerdings ergeben sich viele Unsicherheiten hinsichtlich der tatsächlichen Unterbringungszahl und des Zeitrahmens. Zu diesen Unsicherheiten bei der Entscheidung kommt hinzu, dass wir die aus der Bevölkerung vorgetragenen Sorgen sehr ernst nehmen müssen.

Nichtsdestotrotz muss der Rat, müssen wir, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, unserer Verantwortung gerecht werden, für die wir 2014 das Mandat bekommen haben. Wir haben heute eine sehr schwere Prognose-Entscheidung über ein sensiblen Thema vor uns:

- Wenn wir zu wenig Unterkünfte anmieten, so könnte es sein, dass wir Turnhallen belegen müssen. Keiner will das.
- Wenn wir zu viele Unterkünfte anmieten, dann kann es sein, dass diese nicht ausreichend genutzt werden oder scheinbar überteuert sind und man uns die Verschwendung von Steuermitteln vorwirft.

Für WIN gilt der Grundsatz „Humanitär vor Monetär!“ Insofern möchten wir an alle appellieren, sich der gesamt-gesellschaftlichen Aufgabe zu stellen und nicht die Not der Menschen, die zu uns kommen, dazu zu nutzen, um „Kasse zu machen“.

II.

Nun möchte ich auf die einzelnen Punkte der Beschlussvorlage eingehen.

Die Punkte 1 und 2 tragen wir mit.

Zum Punkt 3 a): Anmietung des Objekts „Kneppenhof“:

WIN lehnt die Anmietung des Kneppenhofes ab. Wir haben das Objekt besichtigt und wissen, dass das Objekt keine kurzfristige Alternative ist. Insbesondere sind wir der Ansicht, dass wir für den in Rede stehenden hohen Mietbetrag lieber selber schneller bauen können. Dies hat das Objekt Caudebec-Ring 37 gezeigt. Auch das Objekt auf der Breslauer Str. scheint schnell fertig zu sein. Unter Druck ist Einiges möglich. Alternativ zu unserer Ablehnung beantragen wir einen Prüfauftrag an die Verwaltung, den wir als Punkt 3 e) ergänzt haben möchten und auf den ich später noch näher eingehe.

Wir bedauern außerordentlich, dass es nach Auskunft eines Mitinvestors im Rahmen der Planungen zu Drohanrufen gekommen ist. Wir mahnen eindringlich an, sich auf die sachliche Ebene zu beschränken.

Die Diskussion, ob der Mitinvestor Mitglied in der AfD war, ist für uns ohne Belang. Wenn, dann ist er für die AfD kaum in Erscheinung getreten. Nunmehr hat er sich von dieser abgewendet. Für uns sind Sachargumente entscheidend.

Zum Punkt 3 b): Anmietung des Objekts „Der Leutherheider“:

Die tatsächlichen Unterbringungszahlen sind geklärt. Wir können der Anmietung zustimmen.

Zum Punkt 3 c): Anmietung des Objekts Lötcher Weg 108:

Die Anmietung dieses Objektes ist mit sicherlich nachvollziehbaren, aber erheblichen finanziellen Auswirkungen verbunden.

Gestern sprach ich mit dem Makler des Objektes. Seiner Auskunft nach ist eine Kaufoption bislang nicht thematisiert worden. Er halte diese Option nicht für ausgeschlossen. Daher folgender **Ergänzungsantrag**:

.... das Objekt Lötcher Weg 108 als Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber anzumieten, **es sei denn, dass eine Kaufoption möglich und wirtschaftlich vorteilhafter ist**, und einer Nutzung zur Unterbringung von bis zu 100 Personen zuzuführen.

Zum Punkt 3 d): Diesen Punkt können wir ebenfalls zustimmen. Auch wir sehen, dass die Belastungsgrenze in Breyell erreicht ist.

Da wir ja die Anmietung des Kneppenhofes ablehnen, möchten wir einen **Ergänzungsantrag 3 e)** zur Beschlussvorlage stellen:

... unverzüglich zu prüfen, ob in den Stadtteilen und Honschaften, in denen

bislang keine Flüchtlinge untergebracht wurden, Grundstücke zur Verfügung stehen oder ggf. angekauft werden können, damit dort Flüchtlingsunterkünfte in Massivbauweise errichtet werden können, die auch sozialen Wohnungsbauzwecken entsprechen.

III. Fazit:

Die WIN-Fraktion wird der Beschlussvorlage zu 1., 2., 3 b), 3 d) und mit der Ergänzung bei 3 c) zustimmen. Ferner möchten wir einen Prüfauftrag als Ergänzung (Punkt 3 e)).

Damit schaffen wir Planungssicherheit für die Unterbringung von bis zu ca. 135 Menschen. Bislang sind wir damit gut gefahren, rechtzeitig Vorsorge bei der Unterbringung zu treffen und eben keine Turnhallen in Anspruch nehmen zu müssen.

Als Puffermöglichkeiten bieten sich an, dass uns ab dem 01.10.2016 die ehemalige Hauptschule Lobberich mit Unterbringungsmöglichkeiten bis zu 200 Personen wieder zur Verfügung steht. Auch meinen wir, dass bestimmte Belegungen noch nicht ausgereizt sind, so z.B. bei der Belegung des Gebäude Caudebec-Ring 35d mit 40 Personen, obwohl diese Gebäude für die Unterbringung von mehr Personen gebaut wurde.

Auch wenn nicht immer hinsichtlich der Informationen, die wir bekommen haben, alles rund gelaufen ist, möchten wir in Anbetracht der Ausnahmesituation, in der wir uns nun schon seit ca. einem Jahr befinden, mal herzlich Dank für das herausragende Engagement sagen:

Dies gilt zunächst der Fachbereichsleiterin Ina Prümen-Schmitz, ihrem Team und der Steuerungsgruppe Flüchtlingsunterbringung.

Auch herzlichen Dank möchten wir denjenigen Bürgerinnen und Bürger in Nettetal sagen, die – nach wie vor sehr engagiert und tatkräftig – den Flüchtlingen, von denen zukünftig auch einige Neubürger sein werden, in welcher Form auch immer unterstützen und helfen.

Ihnen allen hier im Ratssaal danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.
